

Integration – Desintegration – Nationalismus

Herausgegeben von
Walter Baier, Bernhard Müller
und Eva Himmelstoss

Mit Beiträgen von

Samir Amin
Joachim Bischoff
Gregor Gysi
Ilona Švihlíková
Marisa Matias
José Gusmao
Axel Troost
Marica Frangakis
John Grahl
Luciana Castellina
und vielen anderen

Jahrbuch



2018
transform!
europe

VSA:

Walter Baier / Bernhard Müller / Eva Himmelstoss (Hrsg.)
Integration – Desintegration – Nationalismus
transform! Jahrbuch 2018

Walter Baier / Bernhard Müller / Eva Himmelstoss (Hrsg.)

Integration – Desintegration – Nationalismus

transform! Jahrbuch 2018

VSA: Verlag Hamburg

transform! Jahrbuch 2018
Die Linke, die Völker und der Populismus

Deutsche Ausgabe veröffentlicht von
VSA: Verlag Hamburg
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
www.vsa-verlag.de

Herausgegeben von Walter Baier, Bernhard Müller, Eva Himmelstoss

Besonderer Dank an Lutz Brangsch und Erhard Crome

Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
mit Mitteln des Auswärtigen Amtes

transform! europe EUPF, Square de Meeûs 25, 1000 Brüssel, Belgien
Teilweise finanziert aus Mitteln des Europäischen Parlaments

© VSA: Verlag Hamburg GmbH 2018, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Umschlaggrafik: Stavroula Drakopoulou

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Gedruckt in Deutschland von CPI Books GmbH, Leck

ISBN 978-3-89965-834-7

ISSN 1865-3480

Inhalt

Walter Baier/Bernhard Müller Vorwort	9
--	---

EUROPA, DIE WELT UND DIE LINKE

»Der Wandel muss von unten kommen«	17
Samir Amin im Gespräch mit Walter Baier	
Joachim Bischoff Endloser Konjunkturaufschwung?	34
Gregor Gysi Europa – Spaltungslinien und seine Zukunft	55
Jan Kavan Europa am Scheideweg	64

ERNEUERUNG ODER AUSSTIEG? DIE KRISE DER EUROPÄISCHEN UNION UND DIE ALTERNATIVEN DER LINKEN

Ilona Švihlíková 150 Jahre nach Erscheinen des »Kapitals«: wirtschaftliche Reformpläne für die Europäische Union	81
Marisa Matias/José Gusmão Europäische Union: Geschichte, Tragödie und Farce	92
Axel Troost Linke Alternativen für ein solidarisches Europa	96
Marica Frangakis Die verschiedenen Aspekte des EU-Exits: Implikationen für die Zukunft der Europäischen Union	108

John Grahl
Mit dem Brexit in den Abgrund 123

Erhard Crome
EU, NATO und die Frage nach Alternativen 138

RECHTER UND LINKER POPULISMUS

Walter Baier
Zwischen zwei Krisen? 157
Rechtsentwicklung und der »Fall« Österreich

Yann Le Lann/Antoine de Cabanes
France Insoumise gegen Front National 167
Eine sozialpolitische Analyse der Unterschiede zwischen
rechtsextremem und linkem Populismus

Friedrich Burschel
Rechtsruck im Zeitraffer 181

Joachim Bischoff/Bernhard Müller
AfD: Auf dem Weg zu einer völkisch-nationalistischen Partei 191

Rafał Pankowski
**Die Internationalisierung des Nationalismus und
das Mainstreaming von Hass** 206
Anmerkungen zum Siegeszug der radikalen Rechten in Polen

DER KAMPF UM DAS HISTORISCHE GEDÄCHTNIS: ANTI-FASCHISMUS UND DER NEUE TOTALITARISMUS-DISKURS

Haris Golemis
Sich dem Geschichtsrevisionismus praktisch entgegenstellen 219
Zur Weigerung des griechischen Justizministers, an einer Konferenz
in Tallinn zum Gedenken an die Opfer des Kommunismus teilzunehmen

**Briefwechsel zwischen dem griechischen und
estländischen Justizminister** 228

Leonardo Paggi

Die Manipulation des historischen Bewusstseins:

Erinnerung als Apparat 244

ZWEI JAHRESTAGE:

150 JAHRE DAS KAPITAL VON KARL MARX

100 JAHRE UNGARISCHE RÄTEREPUBLIK

Marx, Hilferding und Finanzkapital 251

Eine Diskussion mit Lutz Brangsch, Radhika Desai, Ingo Schmidt,
Claude Serfati und Patrick Bond über die Aktualität eines alten Buches

Lajos Csoma

Die Föderative Ungarische Sozialistische Räterepublik:

Revolutionäre Momente in Ungarn zwischen 1918 und 1919 269

DER DIALOG ZWISCHEN CHRISTEN UND MARXISTEN

Luciana Castellina

Papst Franziskus und der Beginn eines

christlich-marxistischen Dialogs 283

Autor_innen and Herausgeber_innen 289

transform! Europäisches Netzwerk für alternatives Denken

und politischen Dialog 295

Vorwort

Das neue Jahrbuch von transform! europe erscheint knapp ein Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament, die auch für die Europäische Linke politisch-programmatisch wie organisatorisch eine große Herausforderung sind. Trotz eines moderaten wirtschaftlichen Wachstums in Europa befindet sich der Prozess der europäischen Integration weiterhin in einer politischen Krise. Das diesjährige Jahrbuch bietet eine kritische Analyse und Bewertung dieses Integrationsprozesses.

Bei dieser Bestandsaufnahme stehen zwei Punkte im Zentrum: Erstens geht es vor dem Hintergrund der verschiedenen nationalstaatlichen Entwicklungen sowie des sich rapide wandelnden globalen Umfelds Europas darum, sich mit der europäischen Integration und den aktuell zur Diskussion stehenden Vorschlägen für eine Reform der EU-Institutionen auseinanderzusetzen. Zweitens muss diese Auseinandersetzung die Pluralität der diversen politischen Akteure aufseiten der Linken und ihre unterschiedlichen Positionen berücksichtigen. Wir haben versucht, dieser Herausforderung mit der Auswahl einer Reihe von exemplarischen Beiträgen gerecht zu werden.

Samir Amin führt in dem im September 2017 in Wien geführten Gespräch die gegenwärtigen politischen Krisen in Europa und in anderen Teilen der Welt auf einen säkularen Rückgang des kapitalistischen Wachstums zurück. Er beschreibt die Rolle Chinas und die neue multipolare Weltordnung, und fragt, inwieweit diese neue Handlungsspielräume für die Linke allgemein und linke Regierungen entstehen lässt. Amin plädiert für breite internationale Bündnisse, in denen Menschen mit eher defensiven Haltungen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen mit denen zusammenkommen, die langfristig das gesamte System zu verändern wollen.

Joachim Bischoff untersucht die Risiken der bei Amin thematisierten Globalökonomie. Die Weltwirtschaft befinde sich nach längerer Erholung im Aufwind. Erstmals seit Jahren verzeichneten alle kapitalistischen Hauptländer und ihre wichtigsten Handelspartner wirtschaftliches Wachstum und steigende Beschäftigungsraten. In keinem Land drohe eine Rezession. Und dennoch gebe es skeptische Stimmen. Ein Teil der Ökonomen fürchtet, dass das Tempo der Erholung nicht ausreicht, um den Aufschwung mittelfristig abzusichern. Der IMF schaut kritisch auf die Übertreibungen auf den Finanzmärkten. Vor allem von der Politik der Administration Trump gehe die Gefahr aus, dass das instabile Ungleichgewicht der Globalökonomie durch wirtschaftliche, finanzielle und geopolitische Erschütterungen verstärkt und die langjährige Phase

der Prosperität beendet werde. Wenn es infolge von politischen Interventionen zu derartigen Erschütterungen kommt, würden die US-Wirtschaft und die Globalökonomie in einen Abschwung oder, wenn die Erschütterung stark genug ist, sogar in eine Rezession und Finanzkrise abgleiten.

Der Vorsitzende der Partei der Europäischen Linken (EL), *Gregor Gysi*, kritisiert die Defizite in den demokratischen Strukturen und Mechanismen der EU. In der europäischen Linke gebe es unterschiedliche Antworten auf diese Demokratiedefizite. Gysi fordert dazu auf, strittige Positionen aufzurufen und zu diskutieren. Das führe nicht zu einer Spaltung, sondern zu mehr Verständnis füreinander und längerfristig auch zu mehr Kohärenz. Da dem Kapitalismus erfolgreich nur auf der internationalen Ebene zu begegnen sei, fordert Gysi, jegliche nationale Borniertheit über Bord zu werfen und zunächst einmal zu versuchen, in der EU Einfluss auszuüben.

Aus der Sicht von *Jan Kavan* droht neoliberale Politik das europäische Projekt an die Wand zu fahren. Das Ausmaß sozialer und ökonomischer Ungleichheit wachse in einem beispiellosen Tempo und stärke überall Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, die zu einem zentralen Bestandteil der politischen Debatte geworden seien. Die Linke sollte deswegen endlich aufwachen und sich ihrer Verantwortung stellen. Dafür müsse sie ihre internen Streitigkeiten und Fraktionierungen hinter sich lassen. Europa stehe am Scheideweg und die Linke müsse dafür sorgen, dass es sich in eine linke Richtung bewegt.

Für *Axel Troost* ist die Infragestellung der Europäischen Union teils bedingt durch eine intransparente und unsoziale Politik der europäischen wirtschaftlichen und politischen Eliten, teils diene sie als Projektionsfläche des erstarkten Rechtspopulismus. Das bedeute, dass die politische Linke die Europa-Frage auch künftig als prioritäres Problemfeld behandeln müsse. Es gebe solidarische europäische Alternativen zu neoliberaler Austeritätspolitik und nationalstaatlichen Gegenkonzepten. Die Befürworter_innen einer Renationalisierung überschätzten angesichts der tiefen Verflechtungen der Weltwirtschaft die Spielräume nationalstaatlicher Politik und verharmlosten die Kosten der Rückabwicklung der europäischen Integration. Die Alternative zu weniger Europa sei mehr Europa, aber anders: Ziel sei ein demokratisches und soziales Europa, das mit der neoliberalen Logik des Maastrichter Vertrags bricht. Europa brauche einen sozial-ökologischen Umbau und ein wirtschaftlich nachhaltiges Wachstum.

Iлона Švihlíková plädiert dafür, über diesen reformistischen Ansatz hinauszugehen. Er müsse ergänzt werden durch einen radikaleren Ansatz, damit die Reform der EU für einen graduellen Wandel des Systems genutzt werden könne.

Die Gegenposition zu einer auf Reform der EU ausgerichteten Politik vertreten *Marisa Matias* und *José Gusmão*. Die europäische Linke müsse endlich

anerkennen, dass sich die Europäische Union nicht verändern werde. Und wenn die Linke den Menschen keine plausible Alternative biete, die sich mit ihren konkreten Lebensumständen befasst, dann werde dies jemand anders tun. Die Aussicht auf einen Bruch mit dem Euro sei nicht schön und derzeit auch nicht beliebt. Aber er hätte einen entscheidenden Vorzug: Er sei machbar. Außerdem könne er das Nationalgefühl zur Verteidigung von Arbeiterrechten und Sozialstaat mobilisieren, statt es in Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu kanalisieren.

Für *Marica Frangakis* markieren sowohl der Brexit als eine Realität als auch der Grexit als eine angedeutete Möglichkeit Wendepunkte in der Geschichte der EU. Die Abstimmung über den Brexit habe die Büchse der Pandora geöffnet. Antieuropäische Stimmungen wurden geschürt, ein allgemeiner Euro-Skeptizismus sei seitdem auf dem Vormarsch. Selbst in der Linken habe es Befürworter eines Lexit gegeben. Mit dieser Position würden in der Regel die Möglichkeiten unterschätzt, die sich bieten, wenn man von innen heraus Druck auf die Institutionen ausüben kann, und die Handlungsoptionen überschätzt, die sich nach einem Verlassen der EU ergeben.

John Grahl weist in seinem Beitrag auf die verblüffende Fahrlässigkeit hin, mit der die Brexit-Befürworter_innen in der britischen Regierung mit den durch den Brexit gegebenen Herausforderungen umgehen. Aufgrund der hauchdünnen Mehrheit von Premierministerin May sei die politische Lage dort alles andere als stabil. Mays Zusage an die Arbeitgeber, für ausreichend migrantische Arbeitskräfte zu sorgen, könnte die Konservativen demnächst viele Stimmen derjenigen Arbeiter_innen kosten, die für den Brexit votierten und sich Vorteile davon versprechen. Die Herausforderung für Corbyn werde darin bestehen, sowohl die meist älteren Labour-Wähler_innen aus den traditionellen Industrieregionen als auch die vielen Jungwähler_innen mit radikaleren Ansichten zu erreichen.

Die mit Maastricht vollzogenen sozio-ökonomischen und kulturellen Verschiebungen finden ihre Entsprechung im Bereich der Militär- und internationalen Sicherheitspolitik, wie *Erhard Crome* in seinem Beitrag zeigt. So hat das Ende des Kalten Krieges keine Ära des Friedens gebracht, wie 1989/1990 viele erhofften. Schon 1990 machten die USA deutlich, dass sie auf dem Fortbestehen der NATO bestanden, und zwar in den drei Hauptfunktionen, die ihre Strategie von Anfang an bestimmten: die USA in (West-)Europa drin, die Russen draußen und die Deutschen unter Kontrolle zu halten. Mit der Wahl Donald Trumps sei nun auch dieser Eckpfeiler der Nachkriegsordnung ins Wanken geraten.

Walter Baier zeigt am Beispiel der letzten Parlamentswahlen in Österreich, dass – obwohl tatsächlich große Teile der breiten Masse inzwischen rechte Po-

sitionen übernommen haben – die gewaltigen Zugewinne rechter Kandidat_innen bei Wahlen mindestens genauso stark auf Machtverschiebungen unter den Eliten und Neuarrangements bestimmter Institutionen zurückzuführen sind wie auf kurzfristig erfolgte Mehrheitsverschiebungen in der Bevölkerung.

In Deutschland hat sich mit der Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei etabliert, die ihren Zenit noch längst nicht erreicht hat, so *Joachim Bischoff* und *Bernhard Müller*. Sie hat sich in ihrer kurzen Geschichte beständig nach rechts bewegt. Im Ergebnis haben wir es so mit einer rechten Partei zu tun – mit ebenso radikalen oder radikalisierten Anhänger_innen. Die AfD ist in ihrer politischen Substanz eine völkisch-nationalistische Partei, die den öffentlichen Diskurs radikal verändert. Ihr Aufstieg basiert auf der Ausbreitung einer immensen Wut bei größeren Teilen der Bevölkerung, die viel mit sozial-ökonomischer Destruktion, Abstiegs- und Zukunftsängsten zu tun hat. Diese Ressentiments spiegeln aber auch eine kulturelle Distinktion. Und diese immense Wut sucht und findet eine Bewegungsform in der Anlehnung an die nationale Souveränität. Die Enttäuschten denken, dass Migrant_innen, Afroamerikaner_innen, Sinti oder Latinos ihnen ihren Wohlstand gestohlen haben. Aber faktisch ist ihre Situation auf eine umfassende Deregulierung zurückzuführen, eine neoliberale Gesellschaftspolitik und die Zerstörung ganzer Industriezweige, die den lohnabhängigen Mittelschichten bis dato eine Existenz durch eigene Anstrengung boten.

Ein Ergebnis der statistischen Auswertung der jüngsten Wahlen in Frankreich von *Yann Le Lann* und *Antoine de Cabanes* ist, dass der Umfang der Links-rechts-Abwanderung von Wähler_innen zu vernachlässigen ist. Die Gewinne des Front National gingen auf Stimmen von Arbeiter_innen zurück, die zuvor die traditionelle Rechte gewählt haben. Es stimme zwar, dass sowohl die radikale Rechte als auch die radikale Linke Wähler_innen anziehen, die dem System kritisch gegenüberstehen und offen für populistische Anrufungen sind. Diese Wählerschichten seien jedoch nicht identisch. In der Sichtweise der Wähler_innen sei der Unterschied zwischen rechts und links noch genauso ausgeprägt wie eh und je, obwohl sowohl Le Pen als auch Mélenchon diesen Gegensatz als überholt bezeichnet haben. Diejenigen mit dezidiert rechtsextremen Positionen gäben ihre Stimme ausschließlich rechten Kandidat_innen, und diejenigen, die typische linke und progressive Werte teilen, wechselten nicht zu rechten, sondern eher zu anderen linken Parteien.

Le Lann, Cabanes und *Friedrich Burschel* warnen daher vor Versuchen vonseiten der Linken, mit inhaltlichen Zugeständnissen den Kern der rechten Wählerschaft für sich zu gewinnen. Dies würden sie am Ende mit dem Preis einer zunehmenden Entfremdung von ihrer linken Anhängerschaft bezahlen müssen.

In einem Round Table – Teilnehmende waren *Lutz Brangsch*, *Patrick Bond*, *Radhika Desai*, *Ingo Schmidt* und *Claude Serfati* – werden die von Karl Marx im Kapital skizzierten methodischen Hinweise über internationale Kräfteverhältnisse aufgegriffen und debattiert. *Lajos Csoma* erinnert mit seinem Beitrag an die ungarische Sowjetrepublik, aus der viele Lehren zu sind, unter anderem, dass die nationalistische Mythologie der Rechten in Ungarn heute auf einer falschen Geschichtsinterpretation beruht.

2017 nutzte der Justizminister Estlands den Ratsvorsitz seines Landes dazu, um eine europäische Konferenz zu den von den »kommunistischen Regimen verübten Verbrechen« durchzuführen. Der griechische Justizminister hat diese Einladung zurückgewiesen und hierfür seine Gründe offengelegt. In dem darauf folgenden Briefwechsel kritisiert er die von den neuen Eliten in Osteuropa vertretene Gleichsetzung von Stalinismus und Nationalsozialismus bzw. die Theorie von einem doppelten Genozid. Diese Briefe sind einzigartig in der Geschichte der diplomatischen Korrespondenz. Wie veröffentlichen sie in diesem Jahrbuch zusammen mit Hintergrundinformationen, die von *Haris Golemis* stammen.

Leonardo Paggi zieht eine Verbindung zwischen der Erinnerungspolitik und dem Kulturwandel, der auf den Maastricht-Vertrag folgte.

Das Jahrbuch schließt ab ein Beitrag von *Luciana Castellina* zum Dialog zwischen Christen und Marxisten, den Papst Franziskus vor vier Jahren angestoßen hat.

Das Netzwerk transform! europe wurde 2001 auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre von einer Gruppe von Intellektuellen aus sechs verschiedenen Ländern gegründet, die für linke Forschungseinrichtungen oder Zeitschriften tätig sind und Interesse an einer Koordinierung ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit hatten. Heute gehören transform! 32 Organisationen und Beobachter aus 21 Ländern an.

Die Aufgabe der Koordinierung der Netzwerkaktivitäten übernimmt ein achtköpfiger Vorstand. Das Büro von transform! befindet sich in Wien. Wir unterhalten eine mehrsprachige Website und publizieren eine ständig wachsende Zahl von Berichten, Analysen und Diskussionspapieren zu Themen, die einen Bezug zu Prozessen der europäischen Integration haben.

Nachdem wir in den Jahren 2007 bis 2013 zweimal im Jahr ein Journal in verschiedenen Sprachen herausbrachten, publizieren wir seit 2014 ein Jahrbuch, das mittlerweile auf Englisch, Französisch, Deutsch, Griechisch und Italienisch erscheint. Wir wollen mit der Übersetzung unseres Jahrbuchs in verschiedene Sprachen nicht nur den Kreis der Leserschaft und den Horizont der in transform! versammelten Erfahrungen erweitern. Wir begreifen die Über-

setzung von Texten als mehr als nur eine linguistische Herausforderung. Wir sehen darin vielmehr auch die Chance, zwischen verschiedenen politischen Kulturen eine Brücke zu schlagen, zwischen Kulturen, die ihren Ausdruck in verschiedenen Sprachen und in der voneinander abweichenden Nutzung von anscheinend identischen politischen Konzepten finden. Diese Form der politischen Übersetzung ist von besonderer Bedeutung, gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtigen schwierigen Lage der Linken in Europa. Uns geht es darum, in der Diversität Verbindendes zu entdecken, indem verschiedene Erfahrungen, Traditionen und Kulturen zusammenkommen. Darin liegt der Kern der Arbeit von transform! europe.

Wir möchten uns bei all denen bedanken, die einen Beitrag zur Erstellung dieses Bandes geleistet haben: bei unseren Autor_innen, bei den Mitgliedern des Redaktionsteams, bei unseren Übersetzer_innen, bei unseren Koordinator_innen für die verschiedensprachlichen Ausgaben und schließlich bei den mit uns kooperierenden Verlagen.

Walter Baier / Bernhard Müller

Europa, die Welt und die Linke

»Der Wandel muss von unten kommen«

Samir Amin im Gespräch mit Walter Baier

Walter Baier: *Die Welt war schon immer ein gefährlicher Ort, aber gerade scheint es so, als erlebten wir einen der bedrohlichsten Momente seit dem Zweiten Weltkrieg. Einige meinen, das hat mit Trump zu tun. Andere betonen die strukturellen Ursachen. Wie deuten Sie die aktuelle Situation?*

Samir Amin: Ich denke, die Gründe sind struktureller Natur. Zweifelsohne macht Trump die Lage noch schlimmer.

Etwa Mitte der 1970er Jahre sanken die wirtschaftlichen Wachstumsraten in den entwickelten kapitalistischen Zentren, also in den USA, in Europa und in Japan, auf die Hälfte dessen, was sie in den 30 Jahren zuvor betragen hatten. Und seitdem hat sich die Lage nie wieder richtig erholt. Das heißt, die Krise hält an und verschärft sich noch von Jahr zu Jahr. Die Ankündigung, dass wir gerade dabei seien, die Krise hinter uns zu lassen, nur weil sich das Wachstum in Deutschland oder anderswo von 1,2 auf 1,3 Prozent erhöht hat, ist einfach nur lächerlich.

Es handelt sich bei der aktuellen Krise eindeutig um eine systemische Krise, um eine L-Krise. Bei einer U-Krise, bei dem für den Kapitalismus gängigen Krisentypus, ist es in der Regel so, dass die für eine Rezession verantwortlichen Gründe nach geringfügigen strukturellen Anpassungen schnell wieder für Wachstum sorgen. Bei einer L-Krise kann sich das System jedoch nicht allein aus der Rezession befreien. Das bedeutet: Das System bedarf grundlegender Veränderungen, kleinere strukturelle Änderungen reichen nicht länger aus. Das heißt, wir haben einen Punkt erreicht, an dem wir es mit einem Niedergang des Kapitalismus zu tun haben. Aber Phasen systemischen Niedergangs sind äußerst gefährliche Zeiten, denn der Kapitalismus wird ganz bestimmt nicht einfach, ohne etwas dagegen zu unternehmen, auf sein Ende zusteuern. Vielmehr wird er immer brutalere Züge annehmen, um seine Stellung zu verteidigen. Vor allem in seinen Zentren wird alles dafür getan werden, um die eigene imperialistische Vorherrschaft abzusichern. Und hier liegt die Hauptursache des Problems.

Ich weiß nicht, was andere damit meinen, wenn sie davon reden, die Gefahr von Kriegen sei heute größer als jemals zuvor. Es ging ja sofort nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit neuen Kriegen los. 1991 fand der erste Irak-Krieg statt. Auch im Zuge des Zerfalls von Jugoslawien kam es mitten in Europa zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Und aktuell lässt sich meiner

Meinung beobachten, wie die Europäische Union von innen heraus implodiert. Und dies zeigt sich nicht nur in den negativen Folgen der Austeritätspolitik, unter denen die Menschen überall leiden. Das Problem geht noch darüber hinaus, weil der Kapitalismus selbst darunter leidet, dass es nicht mehr gelingt, ausreichend Wachstum zu generieren, jedenfalls nicht genug für das kapitalistische imperialistische System. Sie schaffen es einfach nicht, an die früheren Wachstumsraten anzuknüpfen. Und parallel dazu sehen wir eine Reihe von politischen Reaktionen wie zum Beispiel den Brexit, die völlig am Problem vorbeigehen. Die Ereignisse in Spanien und Katalonien sind ein weiteres Beispiel dafür und wir werden in Zukunft noch mehr davon erleben. Wir müssen nur nach Osteuropa schauen, wo in großen Teilen ultrareaktionäre chauvinistische Regierungen an der Macht sind. Von daher macht es keinen Sinn, darüber zu diskutieren, wie wir Kriege verhindern können. Denn Krieg und noch chaotischere Situationen sind quasi in die Logik dieses dem Untergang geweihten Systems eingeschrieben. Wir müssen deswegen den Fokus verändern und uns fragen: Was können wir tun, um dieses System hinter uns zu lassen?

Vor einigen Jahren habe ich ein Buch veröffentlicht, in dem ich diese dauerhafte systemische Krise sehr genau untersucht habe. Es trägt den etwas provozierenden Titel »Ending the Crisis of Capitalism or Ending Capitalism in Crisis« (Fahamu Books, Oxford 2011). Damals war mir schon klar, dass wir dieser Art von Krise nicht entkommen können, wenn wir nicht mit dem gesamten System brechen. Das stellt eine riesige Herausforderung dar. Wir werden die Lösung dafür sicherlich nicht innerhalb der nächsten Jahre finden. Das gilt für den Norden genauso wie für den Süden. Wir werden dafür Jahrzehnte brauchen. Aber die Zukunft beginnt heute. Wir können uns nicht zurücklehnen und einfach warten, bis das System einen gigantischen Krieg oder eine riesige ökologische Katastrophe verursacht. Wir müssen möglichst schnell reagieren.

Dafür muss die radikale Linke – bzw. alle diejenigen, die zur radikalen Linken gehören könnten, denn das Potenzial ist ja viel, viel größer als die wenigen, die sich im Rahmen der Dritten Internationalen und in den kommunistischen Parteien zusammengeschlossen haben – wagemutiger werden. Es bedarf einer gewissen Kühnheit. Überall in der Welt finden wir heute Widerstandsbewegungen, die in manchen Fällen sogar sehr stark sind – sei es nun in Europa, Asien, Lateinamerika oder selbst in den USA. Die Anliegen, für die Lohnabhängige heute eintreten, sind völlig legitim, aber die Kämpfe sind von ihrer Ausrichtung her zu defensiv. Sie versuchen, die in der Vergangenheit erzielten Errungenschaften zu verteidigen, die nach und nach vom sogenannten Neoliberalismus ausgehöhlt worden sind. Das ist nachvollziehbar und gerechtfertigt, aber nicht genug. Mit dieser defensiven Strategie ermöglicht

man es den Mächtigen, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Um die Machtverhältnisse umzukrempeln, brauchen wir eine positive, eine offensivere Strategie. Um den Feind, also um das herrschende kapitalistische System zu bezwingen, muss man es erst einmal dazu kriegen, dass es auf dich reagiert und nicht umgekehrt. Man muss ihnen die Initiative entreißen. Darin besteht die Herausforderung.

Jetzt bin ich nicht arrogant und behaupte, ich hätte einen Plan oder ein Patentrezept in der Tasche und wüsste, was ein Kommunist in Österreich oder ein Kommunist in China als Nächstes tun sollte. Ich weiß das noch nicht einmal für Ägypten, für mein eigenes Land. Aber wir müssen aufrichtig und offen darüber streiten. Wir müssen Strategien entwickeln, diese zur Diskussion stellen, sie ausprobieren und gegebenenfalls korrigieren. Das ist, was unser Leben und unsere Kämpfe ausmacht. Wir können uns ja nicht einfach geschlagen geben. Und da ich hier bei Transform bin, meiner Meinung einer der besten Organisationen in Europa, möchte ich meine Aufforderung wiederholen: Was wir in erster Linie brauchen, ist mehr Mut, wir müssen selbstbewusster werden!

Was würde mehr Wagemut im Fall von Europa bedeuten?

Es kann sein, dass wir an diesem Punkt Meinungsverschiedenheiten haben. Aber das macht nichts, wir müssen trotzdem darüber sprechen. Meiner Auffassung nach ist bei der Konstruktion der Europäischen Union von Beginn an eine bestimmte Ausrichtung festgelegt und diese in Institutionen gegossen worden. Daran lässt sich heute nichts mehr ändern. Man kann die EU nicht reformieren. Kosmetische Eingriffe helfen da nichts, sie stärken nur das Bestehende. Man hat sich auf ein System geeinigt und die Verträge von Maastricht und Lissabon haben dieses weiter zementiert. Von daher sehe ich keine Möglichkeit, die Strukturen der EU zu transformieren. Man muss sie erst beseitigen, bevor man neue errichten kann. Ich möchte hier bitte nicht als »Anti-Europäer« in dem Sinne missverstanden werden, dass ich die Europäer »hasse«. Ich bin kein engstirniger Nationalist aus dem globalen Süden. Vielmehr bin ich der Ansicht, dass die Europäer auf eine Geschichte mit vielen positiven Elementen zurückblicken können, und dass es möglich sein sollte, diese wiederzubeleben. Zudem halte ich den Umstand grundsätzlich für positiv, dass man sich in Europa auf eine gemeinsame Kultur bezieht. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es leider so, dass diese Gemeinsamkeit vorrangig dazu dient, sich zum Mitläufer der USA zu machen, im Wesentlichen im Rahmen der NATO, aber auch noch durch eine Reihe von anderen Absprachen und Arrangements wie zum Beispiel in der Finanzpolitik. Damit ist der Einfluss von Europa gleich null. Es sind die USA, die das Sagen haben und sich die wichti-

gen Entscheidungen von den in Europa Herrschenden abnicken lassen. Daran lässt sich unter den gegebenen Verhältnissen auch nichts ändern.

Daran wird sich erst dann etwas ändern lassen, wenn die sozialen Bewegungen ihre Strategie umstellen: weg von reinen Widerstandsbewegungen hin zu Bewegungen, die für eindeutige gesellschaftliche Alternativen stehen. Es gibt hierfür bereits Anzeichen in manchen Ländern. Wir haben Anfänge davon in Griechenland, Spanien und Portugal gesehen [...] In Griechenland war es so, dass die ersten Schritte in die richtige Richtung von der EU gezielt verhindert wurden. Und den Menschen in Europa, selbst in den Ländern, in denen es große Sympathien für die linke Bewegung in Griechenland gab, ist es nicht gelungen, genügend Unterstützung zu mobilisieren, um einen Stimmungswandel in Europa herbeizuführen. Das ist eine der Lehren aus der jüngsten Geschichte.

Wir benötigen mehr solcher kühnen Bewegungen und wir benötigten sie jetzt. Ich bin davon überzeugt, dass wir bald in verschiedenen Ländern Ansätze davon zu sehen bekommen werden. Ich weiß nicht, welche Länder das im Einzelnen sein werden. Ich war zum Beispiel kürzlich in Frankreich und habe diese Fragen mit Vertreterinnen und Vertretern von »La France insoumise« debattiert. Auch dort konnte ich keine Blaupause vorlegen, aber ich habe einige strategische Vorschläge gemacht, in welche Richtung man denken sollte. So wäre ich dafür, mit der Wiederverstaatlichung von großen Monopolen insbesondere im Finanzsektor zu beginnen. Aber ich will klarstellen, dass für mich die Verstaatlichung nur ein erster Schritt ist. Dies ist eine Grundvoraussetzung dafür, um irgendwann einmal die Kontrolle über das Wirtschaftssystem vergesellschaften zu können. Wenn wir auf der nationalen Ebene bei der Übernahme von Unternehmen durch den Staat stehenbleiben, dann haben wir einen Staatskapitalismus, der sich nicht groß von dem von Privatunternehmen dominierten Kapitalismus unterscheidet. Man darf die Menschen nicht täuschen. Man muss klarstellen, dass es sich hierbei nur um einen ersten Schritt handelt, der jedoch den Weg für weiterreichende Maßnahmen freimachen könnte.

Der Kapitalismus hat mittlerweile eine derartige Machtkonzentration mit sich gebracht, in ökonomischer und damit auch in politischer Hinsicht, dass er kaum mehr mit dem System von vor 50 Jahren zu vergleichen ist. Eine Handvoll Unternehmen (einige Zehntausende extrem großer Unternehmen) und eine noch viel kleinere Handvoll von Finanzinstitutionen (weniger als 20 Banken) treffen die maßgeblichen Entscheidungen. François Morin zufolge, einem Top-Experten, der sich auf diesem Feld auskennt, kontrollieren weniger als 20 Finanzkonzerne 90 Prozent der Operationen im weltweit integrierten Geld- und Finanzsystem. Nimmt man weitere 15 Banken hinzu, dann kommt man auf

etwa 98 Prozent. Also die Macht liegt bei einer überschaubaren Gruppe von Banken. Was wir hier sehen, ist eine extreme Zentralisierung und Konzentration von Macht – nicht von Vermögen und Eigentum, das viel stärker verteilt bleibt. Die entscheidende Frage ist, wie und von wem dieses Vermögen kontrolliert wird. Denn das hat auch etwas mit der Kontrolle des politischen Lebens zu tun. Wir sind nämlich inzwischen weit entfernt von der bürgerlichen Demokratie, wie wir sie aus dem 19. und großen Teilen des 20. Jahrhunderts kennen. Da die Sozialdemokraten zu Sozialliberalen geworden sind, gibt es überhaupt keinen Unterschied mehr zwischen der konventionellen Rechten und der konventionellen Linken. Was heißt, dass wir heute in einer Art Einparteiensystem leben – so wie in den USA, wo die Demokraten und die Republikaner meiner Meinung immer nur Spielarten einer einzigen Partei waren.

In Europa war das lange Zeit anders und deswegen ist es hier auch gelungen, den Kapitalismus zu reformieren. Die sozialdemokratischen wohlfahrtsstaatlichen Reformen nach dem Zweiten Weltkrieg waren sehr umfassend. Ich halte sie für progressive Reformen, obwohl sie häufig mit der Aufrechterhaltung einer imperialistischen Haltung gegenüber den Ländern des Südens assoziiert werden. Heute wären solche Reformen undenkbar. Es wächst aber auch die Unzufriedenheit mit den Einparteiensystemen, die an Legitimität einbüßen. Ein Beispiel ist Frankreich, wo bei den letzten Wahlen zum ersten Mal über 50 Prozent der Wahlberechtigten zu Hause geblieben sind. Das heißt, die Menschen haben das Vertrauen in Wahlen verloren. Das begünstigt aber auch ein Abdriften in Richtung Faschismus. Derzeit erstarken überall, ob nun im Norden oder im Süden, neofaschistische Strömungen. Das ist einer der Gründe, warum wir erst mit dem bestehenden System brechen und dieses beseitigen müssen, bevor wir ein neues aufbauen können. Ich stoße aber mit dieser Position insbesondere in Europa auf erheblichen Widerspruch. Und hiermit meine ich unter anderem Menschen, die Mitglied von Transform sind, einer der besten Organisationen in Europa, wie vorhin schon einmal angemerkt. Diese Menschen fürchten, dass auf das gegenwärtige System nur noch Schlimmeres folgen wird. Sie geben zu bedenken, dass das gegenwärtige Europa mit all seinen Fehlern und verheerenden Aspekten besser ist, als zu einer Situation zurückzukehren, in der sich die Nationalstaaten bekriegen.

Dies ist ein alter Streitpunkt zwischen uns, der meiner Überzeugung nach auf einem Missverständnis beruht. Zweifelsohne gibt es aufseiten der Linken in Europa eine Menge Leute, die die Situation so sehen, wie Sie sie gerade beschrieben haben. Vielleicht kommen wir in der Diskussion mithilfe eines Vergleichs weiter. Selbst wenn wir uns in der Einschätzung einig wären, dass sich

die europäischen Verträge nicht reformieren lassen, was würde daraus resultieren? 1917 erkannte Lenin, dass der existierende russische Staat nicht reformiert werden konnte, und zog daraus den Schluss: Nur mithilfe einer Revolution konnte der alte Staat zerschlagen und auf seinen Trümmern ein neuer sozialistischer Staat errichtet werden. Das ist eine der zu ziehenden Konsequenzen, wenn man davon überzeugt ist, dass ein System nicht zu verändern ist. Das Gegenbeispiel ist Jelzin, der 1990 zu der Erkenntnis kam, die UdSSR sei unreformierbar. Auch er beschloss, den sowjetischen Staat zu zerschlagen und zu beseitigen, doch worauf er abzielte, war eine Ordnung auf der Grundlage verschiedener Nationalismen. Hier haben wir übereinstimmende Einschätzungen, aber zwei gegenteilige Schlussfolgerungen bzw. Ergebnisse: einmal Sozialismus, einmal Nationalismus.

Wir haben es derzeit in Europa mit einem realen Dilemma zu tun. Es ist nicht länger nur abstrakt. Die Linke muss sich entscheiden zwischen zwei unterschiedlichen Ausrichtungen und dementsprechend auch zwischen zwei Bündnisoptionen. Man kann zum einen argumentieren, die Linke müsse zumindest temporär die Nationalisten unterstützen, weil diese ein riesiges Durcheinander anrichten werden und man aus diesem Chaos heraus etwas Neues erschaffen kann. Oder man nimmt die andere Position ein, dass wir, um das System zu revolutionieren, Koalitionen mit denjenigen Kräften eingehen müssen, die bereit sind, grundlegende Ideen von Freiheit und Menschenrechten sowie eine Kultur der Solidarität zu verteidigen. Für mich stellt das den Kern der strategischen Herausforderung dar. Meines Erachtens müssen wir zwischen diesen beiden Alternativen wählen.

Ich habe großes Verständnis für das, was Sie sagen, aber ich denke, wir sollten dazu übergehen, uns Bündnisse auf anderen Ebenen vorzustellen. Das, was Sie hier vorschlagen, ist noch stark defensiv ausgerichtet. Hier geht es um die Frage, wie man Errungenschaften mit einem möglichst breiten Bündnis verteidigen kann. Dieses Anliegen kann ich sehr gut nachvollziehen, aber wir brauchen Bündnisoptionen, die über das Bestehende hinausweisen.

Das bringt uns unweigerlich zurück zur Russischen und zur Chinesischen Revolution und zu den Lehren, die aus einem Jahrhundert Geschichte zu ziehen sind. Für mich hat die Russische Revolution einen revolutionären Prozess in Gang gesetzt, sie war aber eine unvollendete Revolution. Prozesse sind umfassender und wirken länger fort als jedes Ereignis, unabhängig davon, wie wichtig dieses Ereignis gewesen sein mag. Ein Ereignis steht am Anfang von bestimmten Prozessen oder macht diese erst möglich. Die damalige russische Gesellschaft war zutiefst landwirtschaftlich geprägt, sie setzte sich zu 80 Prozent aus Bauern zusammen. Von daher stand sie vor zwei gewaltigen Heraus-

forderungen. Die erste bestand darin, die Mehrheit dieser bäuerlichen Bevölkerung in den Prozess einzubeziehen, den ich bewusst nicht als Aufbau des Sozialismus bezeichnen würde, sondern als langen Weg hin in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft. Aber allein das war eine enorme Aufgabe. Die zweite Herausforderung bestand in der Ablehnung und Feindseligkeit der Regierungen der westlichen kapitalistischen Länder. Der Kalte Krieg begann nämlich nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Er begann bereits 1917 und hält seitdem an. Zunächst intervenierten die imperialistischen Mächte in den Bürgerkrieg, der zwischen 1918 und 1922 stattfand, danach folgte der Kalte Krieg in den 1920er und 1930er Jahren gegen die Sowjetunion, gefolgt vom Zweiten Weltkrieg und von dem Kalten Krieg, der unmittelbar nach dem Sieg über den Faschismus wiedereinsetzte. Dies waren die beiden großen Herausforderungen und man kann sich darüber, wie das sowjetische System darauf reagiert hat, trefflich streiten. Aber das ist eine andere Debatte.

Die Chinesische Revolution ging einen Schritt weiter. Sie fand in einem damals noch mehr an der Peripherie gelegenen Land statt. Wenn wir China heute betrachten, dann hat das Land eine Lösung für das Problem der mehrheitlichen Integration seiner Kleinbauern gefunden. China stand auch vor dem Problem eines andauernden gegen seine Existenz gerichteten Kalten Krieges, hat diesen jedoch gewonnen, indem es die Globalisierung für sich ausgenutzt hat, mit all den damit verbundenen Widersprüchen und Risiken. Wir sollten uns heute daher fragen: Was ist der nächste unmittelbare Schritt auf unserem Weg? Welche Strategie sollten wir übernehmen?

Meine persönliche Meinung dazu ist: Wir benötigen für unsere Zwecke eine Fünfte Internationale. Wir brauchen nicht nur eine Wiederbelebung des Internationalismus als wesentlichen Teil einer Ideologie für die Gestaltung der Zukunft. Wir müssen auch organisatorische Vorkehrungen dafür treffen, dass dieser Internationalismus möglich wird. Das heißt, wir müssen die Kämpfe, die in verschiedenen Ländern stattfinden, aufeinander beziehen und miteinander verknüpfen. Nun kann diese Internationale keine Reproduktion der Dritten sein, da die Dritte Internationale aus dem Sieg der Oktoberrevolution hervorging und mit der Existenz eines neuen mächtigen Staates – der Sowjetunion – verbunden war. Von daher geriet diese – ob nun zum Guten oder zum Schlechten – automatisch zum Vorbild für alle anderen Staaten.

Heute sieht die Lage völlig anders aus und wir müssen uns eine andere Grundlage für die neue Internationale überlegen. Die Zweite Internationale (zumindest bis zum Ersten Weltkrieg) und die Dritte Internationale teilten das Prinzip »ein Land – eine Partei«, wobei es die richtige Partei sein musste. Alle anderen galten als »abweichlerisch«, wenn nicht gar als »Verräter«. Wenn wir

uns die Zweite Internationale genauer anschauen, dann sehen wir, dass es in ihr zwar eine Partei aus Deutschland gab, diese aber gespalten war in einen von Marx und in einen von Lasalle angeführten Flügel. Die französische Mitgliedspartei setzte sich tatsächlich aus drei verschiedenen Strömungen zusammen. Und die britische bestand aus Trade-Unionism-Anhängern und Fabianern. Was sie jedoch alle teilten, waren imperialistische und koloniale Einstellungen, wie sich spätestens 1914 beweisen sollte, als sie sich zusammen mit den bürgerlichen Parteien in ihren jeweiligen Heimatländern gegen ihre ausländischen Genossen stellten. Die Dritte Internationale akzeptierte nur eine Partei aus jedem Land, soweit sie die 21 festgelegten Bedingungen erfüllte. Alle anderen waren Verräter und Revisionisten.

Heute sieht es so aus, dass wir überall zumindest potenziell radikale, prosozialistische, antikapitalistische und antiimperialistische Kräfte haben, mit entsprechenden länderbedingten Differenzen. Wir müssen einen Weg finden, um diese zusammenzubringen. Wir müssen endlich lernen, dass das, was wir gemeinsam haben, wichtiger ist als das, was uns voneinander trennt. Wir müssen unsere Unterschiede offen ansprechen, ohne jegliche Überheblichkeit, ohne diese Haltung: »Wir haben Recht und ihr habt Unrecht.« Vielmehr sollten wir uns gegenseitig unsere Argumente darlegen und versuchen, die Gemeinsamkeiten zu betonen und diese zur Grundlage für die Wiederbelebung des Internationalismus zu machen. Was ich hier sage, gilt sowohl für den Norden als auch den Süden, obwohl dort die Bedingungen unterschiedlich sind. Es gibt kaum ein Land, wo sie sich wirklich gleichen. Obwohl also die Voraussetzungen und die Bedingungen variieren, gibt es eine gemeinsame Perspektive. Jedenfalls ist das meine Vorstellung davon, wie man den ganzen Prozess angehen sollte.

Ich habe diesbezüglich eine Frage. Grundsätzlich würde ich Ihre Analyse mit einigen Abstrichen teilen. Es gibt jedoch eine Aussage, an deren Richtigkeit ich zweifle. Ist es wirklich realistisch und sinnvoll, »Systemwandel« zu einer Grundvoraussetzung für die Lösung der massiven globalen Probleme zu erklären, mit denen wir heute konfrontiert sind? Rein theoretisch würde ich Ihnen zustimmen. Aber was ist mit der Praxis? Können wir in einer Zeit, die durch die wachsende Gefahr eines Nuklearkrieges geprägt ist, an der Position festhalten, wonach Frieden nur durch den Umsturz des kapitalistischen Systems zu erreichen ist? Und wie sieht es mit dem Klimawandel aus? Können wir es uns leisten, zu sagen: entweder »weltweiter Systemwechsel oder ökologische Katastrophe«?

Ich habe auf diese Frage auch keine richtige Antwort, lediglich bestimmte Einschätzungen und Wahrnehmungen. Ich kann dieser überzeugend klingen-

den Argumentation nicht wirklich etwas entgegensetzen, das sie entkräften würde.

Ich erwarte allerdings nicht, dass es zu einem weltweiten Atomkrieg kommen wird. Stattdessen gehe ich davon aus, dass wir es mehr und mehr mit beschränkten regionalen Kriegen zu tun haben werden, die für die Gebiete, in denen sie stattfinden, ohne Zweifel katastrophal sind. Syrien ist hierfür ein Beispiel. Ich will die Kriegsdrohungen von Trump gegenüber Nordkorea nicht unterschätzen, weil ich befürchte, Kim Jong-un könnte der Vernünftigere sein, wenn man beide – Trump und Jong-un – miteinander vergleicht. Aber das ist nur mein Eindruck. Ich schätze aber, dass die Herrschenden in den USA Trump davon abzuhalten wissen, das Schlimmste zu tun. Ich denke, sie würden ihren Präsidenten eher umbringen lassen, wie schon häufig geschehen in der Geschichte der USA, als einen Nuklearschlag zu riskieren.

Zum Klimawandel: Dieser ist extrem gefährlich, aber ich denke nicht, dass man ihm im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems, zum Beispiel mit dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz, beikommen kann. Das ist ein Abkommen, das nicht funktionieren wird. Denn damit es wirkmächtig werden könnte, bräuchten wir einen gigantischen Finanztransfer von Nord nach Süd, was aber der inneren Logik des Systems widerspricht. Von daher wird hier nicht wirklich etwas passieren. Ich halte das Pariser Abkommen für nicht mehr als Wunschdenken. Selbst wenn die öffentlichen Einschätzungen anders aussehen mögen und viele meinen, es sei ein wirklicher Fortschritt. Ich bin da anderer Auffassung. Und deswegen hat für mich die Frage, wie wir einen Bruch mit dem bestehenden System bewerkstelligen können, eine so hohe Dringlichkeit. Ich sehe den Bruch als Voraussetzung für alles andere an. Wir brauchen ihn, um den vielen »kleinen Kriegen«, die sehr destruktiv sind, ein Ende zu bereiten. Wir brauchen ihn, um eine alternative ökologische Politik im Weltmaßstab zu entwickeln, und um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Wirtschaft denkbar und möglich zu machen.

Heißt das auch, wir müssen aufgrund unterschiedlicher politischer Perspektiven gewisse Uneindeutigkeiten hinnehmen, was unsere Strategien und Vorstellungen des gesellschaftlichen Wandels betrifft? Denn während wir uns beide vielleicht in Bezug auf die Notwendigkeit eines Systemwechsels noch einig sind, sehen andere die Aufgabe vermutlich darin, das bestehende System zu retten.

Ja, ich sehe durchaus diese Ambivalenzen und weiß auch nicht, wie sie zu vermeiden sind. Es spricht viel dafür, möglichst breite Bündnisse einzugehen, das heißt auch mit denjenigen, denen es eher fernliegt, im Sozialismus eine Lösung für die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus zu sehen. Wenn sie wei-

terhin daran glauben wollen, dass man den Kapitalismus reformieren kann, was soll's? Wenn wir mit ihnen auf der Grundlage, dass wir alle die gegenwärtige Form des Kapitalismus ablehnen, zusammenarbeiten können, wäre das ein erster wichtiger Schritt. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir darüber hinausdenken und uns überlegen müssen, wie wir eine Fünfte Internationale aufbauen können. Ich habe keine Blaupause in der Schublade. Es geht mir nicht um ein Sekretariat oder um andere Führungsgremien. Zunächst einmal müssen möglichst viele Genossinnen und Genossen von diesem Projekt überzeugt werden, was ein schwieriges Unterfangen ist. Darüber hinaus besteht das Problem darin, dass die Europäer von einem antiimperialistischen Internationalismus und entsprechender Solidarität inzwischen abgerückt sind und nun sogenannte Hilfsmaßnahmen und humanitäre Interventionen favorisieren – was auch die Bombardierung von Menschen einschließt. Das ist nicht unbedingt das, was ich unter Internationalismus verstehe.

Ich denke, dass nationalstaatliche Politik – ich benutze diese Bezeichnung in Ermanglung eines besseren Begriffs – immer noch das Ergebnis von Kämpfen innerhalb von Ländergrenzen ist. Ob es sich dabei um Nationalstaaten im klassischen Sinne oder eher um multinationale Staaten handelt: Die Kämpfe finden auf Territorien mit festgelegten Grenzen statt. Ich weiß, dass dieser Umstand Probleme schafft, manchmal sogar ziemlich ernsthafte, wie man aktuell am Beispiel von Spanien sehen kann.

Aber die Existenz solcher Probleme entkräftet nicht mein Argument, dass der Wandel von unten erkämpft werden muss und nicht von oben kommen kann. Und die Basis dafür ist die nationale Ebene. Es wäre naiv, von irgendeiner UN-Konferenz mit all ihren Regierungsvertretern irgendwelche klugen und wirksamen Beschlüsse zu erwarten. Da kann man lange warten. Auch von der Europäischen Union ist in dieser Hinsicht mit nichts zu rechnen. Der Wandel muss von unten kommen. Erst wenn sich die Kräfteverhältnisse in den Ländern verschieben, wird dies Einfluss auf die Machtkonstellationen auf der internationalen Ebene haben. Von daher besteht die Aufgabe von einer internationalistischen solidarischen Politik, von einer Fünften Internationale, darin, die eventuell im Zusammenhang mit diesen Verschiebungen auftretenden Konflikte möglichst kleinzuhalten, dafür zu sorgen, dass sich die Kräfte gegenseitig bestärken und nicht blockieren. So sähe meiner Meinung wahrer Internationalismus aus.

Gegenwärtig verändert sich die Welt in einem enormen Tempo. China entwickelt sich immer stärker zum zentralen Protagonisten auf der Bühne des 21. Jahrhunderts. Immer mehr Menschen werden sich dessen bewusst und begin-

nen zu fragen, was dies für die Welt wohl bedeuten mag. Wie beurteilen Sie die aktuellen Entwicklungen in China?

Wir müssen wieder für einen Moment zurück zur Chinesischen Revolution. In China fand das statt, was ich als eine große Revolution bezeichnen würde. In der neuzeitlichen Geschichte gab es drei solcher großen Revolutionen: die Französische Revolution, die Russische Revolution und die Chinesische Revolution. Man könnte auch noch die Revolutionen in Vietnam und Kuba dazu rechnen, aber bleiben wir bei den wirklich drei großen.

Große Revolutionen zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Ziele weit über das hinausgehen, was unmittelbar umsetzbar erscheint. Bei der Französischen Revolution waren diese Ziele Freiheit und Gleichheit. Die sogenannte Amerikanische Revolution hatte dagegen nicht solche Ziele. Das Wort »demokratisch« taucht nicht in der Verfassung der USA auf. Demokratie galt als eine Gefahr, die eingedämmt werden sollte. Der neugeschaffene Staat änderte nichts an den Produktionsverhältnissen. Die Sklaverei blieb ein entscheidender Bestandteil des Systems. Man muss sich vorstellen: George Washington, der erste Präsident der USA, war ein Sklavenhalter! Bei der Französischen Revolution versuchte man stattdessen, die sich widerstreitenden Werte Freiheit und Gleichheit in Einklang zu bringen. In den USA ging es um Freiheit und Konkurrenz, das heißt um Freiheit unter der Bedingung von Ungleichheit. Die Russische Revolution proklamierte: »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« Lenin war überzeugt davon, wenn die Revolution »im schwächsten Glied der Kette« ausbricht, dann werde sie sich schnell, das heißt in einem kurzen historischen Zeitraum, auch in anderen Ländern ausbreiten. Er dachte dabei insbesondere an Deutschland, aber der historische Verlauf belehrte ihn eines Besseren. Es hätte durchaus so geschehen können, aber es kam nicht dazu. Der Internationalismus stand nicht sehr weit oben auf der Agenda der realen Geschichte. Mit der Chinesischen Revolution war die Parole verbunden: »Unterdrückte dieser Erde, vereinigt Euch!«, was bedeutete: weltweiter Internationalismus, der auch die bäuerlich geprägten Nationen im globalen Süden einbezieht. Das war ein bedeutender Schritt voran. Es ging darum, den Internationalismus auszudehnen. Auch das war ein Ziel, das sich damals nicht unmittelbar umsetzen ließ. Die Konferenz von Bandung im Jahr 1955, in gewisser Weise ein Echo der Chinesischen Revolution, war eher ein zaghafter Versuch in diese Richtung. Doch es wurde kaum etwas damit erreicht. Nationalistische Kräfte verwässerten das gesamte Projekt und waren verantwortlich dafür, dass es bürgerlichen Beschränkungen unterworfen blieb.

Genau weil die großen Revolutionen ihrer Zeit voraus waren, folgten auf sie Phasen des Thermidors und der Restauration. Mit Thermidor ist noch et-

was anderes als die Herstellung der alten Verhältnisse gemeint. Es geht darum, einen Rückschritt in Kauf zu nehmen, um damit das langfristige Ziel doch noch nach und nach und unter Zugeständnissen erreichen zu können. Wann war der Thermidor in der Sowjetunion? Vielleicht war es das Jahr 1924 mit der Durchsetzung der »Neuen Ökonomischen Politik«, obwohl es für Trotzki definitiv das Jahr 1927 war. In China verbindet man diesen Moment mit der Machtübernahme von *Chruschtschow*. Dafür gibt es gute Gründe. Andere wiederum sind davon überzeugt, dass der entscheidende Umbruch mit Breschnew kam. Am Ende waren es auf jeden Fall Jelzin und Gorbatschow, die für eine Restauration des Kapitalismus sorgten. Zu diesem Zeitpunkt war das Ziel des Sozialismus endgültig aufgegeben worden.

In China herrschte fast von Anfang eine Art Thermidor, bereits ab 1950. Als man Mao Tse-tung danach fragte, ob China ein sozialistisches Land sei, antwortete er mit »Nein«. Er nannte China eine Volksrepublik und sprach davon, dass der Aufbau des Sozialismus ein langfristiges Projekt sei – er nutzte den chinesischen Ausdruck: »Tausend Jahre«. Es gab zwei Versuche, über diesen Thermidor hinauszukommen. Das eine war der »Große Sprung nach vorn«, der zweite die Kulturrevolution. Dann gab es einen zweiten Thermidor mit der Machtübernahme von Deng Xiaoping. Bis heute ist eine Restauration ausgeblieben. Nicht nur weil die Kommunistische Partei in China über ein politisches Machtmonopol verfügt, sondern auch, weil einige grundlegende Errungenschaften der Chinesischen Revolution erhalten geblieben sind. Und das ist von entscheidender Bedeutung. Ich meine damit, dass der Staat weiterhin der Haupteigentümer von Land ist und damit eine Wiederbelebung der bäuerlichen Landwirtschaft möglich war, parallel zum Aufbau eines modernen Industriesystems.

Dies sind die beiden ökonomischen Beine, auf denen China heute steht. Entsprechend lässt sich von einer spezifischen Form des Staatskapitalismus sprechen. Gleichzeitig beinhaltet das chinesische Projekt keine Abkehr von der Globalisierung, die maßgeblich von den kapitalistischen bzw. imperialistischen Großmächten vorangetrieben wird. Dabei geraten Chinas Beteiligung an der Globalisierung und seine Strategie der zwei ökonomischen Standbeine immer wieder in Konflikt miteinander, sie ergänzen sich nicht einfach. China nimmt aktiv am globalisierten Handel und am globalisierten Investmentgeschäft teil, dabei wird staatliche Kontrolle jedoch großgeschrieben, was bis zu einem gewissen Grad bislang recht erfolgreich verlief. Hinzu kommt, dass China im Gegensatz zu anderen Ländern nicht einfach dem Gebot des Freihandels, der unbegrenzten Investitionen und der finanziellen Globalisierung gefolgt ist. So verfügt es weiterhin über ein eigenes unabhängiges Banken-

system, das vom Staat verwaltet wird, und das nicht nur in formaler Hinsicht, sondern mit entsprechenden inhaltlichen Vorgaben.

Ich würde China deshalb weder als ein sozialistisches noch als ein kapitalistisches Land bezeichnen. In ihm zeigen sich widerstreitende Tendenzen. Wird es sich in Zukunft stärker in Richtung Sozialismus oder in Richtung Kapitalismus entwickeln? Fest steht, dass die meisten nach Deng Xiaoping eingeführten Reformen eher rechtsgerichtet waren. Sie sollten der kapitalistischen Produktionsweise mehr Platz einräumen und die Herausbildung einer bürgerlichen Schicht befördern. Aber bis jetzt ist auch noch eine andere Dynamik – diejenige, die sich mit der Strategie der beiden ökonomischen Standbeine verbindet – am Werk, die sich nicht gut mit der kapitalistischen Logik verträgt. So in etwa würde ich China heute verorten.

Und was ist die Rolle von China im globalen Kontext?

In diesem könnte China eine konstruktive Rolle spielen, indem es zum Aufbau eines polyzentrischen Weltsystems beiträgt – ein System, das die chinesische Führung »antihegemonial« nennt. Aus Gründen der Diplomatie ziehen sie es vor, es nicht als »antiimperialistisch« zu bezeichnen, obwohl es das ist, was sie im Sinn haben. Was Chinas Rolle im Weltsystem angeht, so gibt es widersprüchliche Hinweise: positive und negative. Zum einen gibt es positive politische Signale. So sollte etwa die Initiative »Neue Seidenstraße« als ein Versuch der ernsthaften politischen Wiederannäherung an Russland, an die zentralasiatischen Republiken und an den Iran verstanden werden. Dementsprechend bietet sie auch Chancen für andere Länder aus dem Mittleren Osten. Ich bewerte diese Initiative zunächst einmal als positiv. Aber das Ganze könnte sich auch als Wunschdenken erweisen, wenn damit nicht weitere Maßnahmen und ökonomische Kooperationsprojekte einhergehen. Es wäre falsch und vorschnell, China vorzuwerfen, es wolle mit dieser Strategie nur seinen Zugang zu Ölquellen absichern. China könnte Russland, dem Iran und anderen Ländern im Mittleren Osten zum Beispiel dabei helfen, die eigene industrielle Basis (wieder) aufzubauen. Auch bei anderen Projekten, die Teil der globalen Geostrategie Chinas sind – ich beziehe mich hier zum Beispiel auf den Ausbau von Transportrouten in Südostasien, darunter die Zugverbindung von China nach Singapur und Rangun –, lässt sich darüber streiten, was die zentralen Absichten sind. Geht es China nur um die kommerzielle Durchdringung oder wird es die beteiligten Länder in ihren Industrialisierungsbemühungen unterstützen und damit ihren Versuch, sich von der Kontrolle der imperialistischen Staaten zu befreien?

Würden Sie sagen, dass der wachsende Einfluss von China in Afrika für die betroffenen Länder vorteilhaft ist?

Er könnte es sein. Aber bislang lässt sich hier eher vor allem das Interesse Chinas erkennen, seine Handelsbeziehungen auszubauen. Für die afrikanischen Länder ist es besser, mit China als mit dem Westen Handel zu betreiben, weil der Handel mit westlichen Ländern mit Auflagen verbunden ist, während China keinerlei Bedingungen stellt. Aber die Zusammenarbeit mit China wird nicht die Probleme der afrikanischen Gesellschaften lösen.

Ein Beispiel, das ich aus meiner Erfahrung beisteuern kann: Nachdem in Sambia eine äußerst schreckliche, prowestliche und korrupte Führung durch Wahlen von einer neuen Regierung abgelöst worden war, lud mich diese drei Monate später zu sich ein. Sie kamen ziemlich schnell auf den Punkt und sagten, sie bräuchten meinen Rat. Sie sagten: Wir werden recht bald eine Delegation aus China empfangen. Welchen Vorteil, denken Sie, können wir aus der Zusammenarbeit mit China ziehen? Und ich antwortete so, wie ich es wirklich sehe: Die Chinesen wissen, was sie wollen. Sie wollen Kupfer. Ihnen ist es egal, ob sie in ein privates oder in ein staatseigenes Unternehmen investieren, solange gewährleistet ist, dass das Kupfer am Ende bei ihnen in China ankommt und sie um ein Abrechnungssystem herumkommen. Also: Die Chinesen haben einen Plan. Aber was ist mit Ihnen? Wissen Sie, was Sie wollen? Es ist wichtig, dass Sie sich vorher darüber im Klaren werden. Wollen Sie Unterstützung bei Infrastrukturprojekten? Die Chinesen sind gut darin. Wollen Sie ihre Industrie ausbauen? Die Chinesen können auch hierbei helfen. Wollen Sie die Landwirtschaft wiederbeleben? Die Chinesen haben auch in diesem Bereich ausreichend Erfahrung. Wenn Sie wissen, was Sie von China wollen, werden sie es wahrscheinlich auch bekommen. Wenn Sie nicht wissen, was Sie wollen, werden die Chinesen sich das nehmen, was sie wollen, ohne dass Ihr Land wirklich davon profitiert. Es gibt Dinge, die Sie von China kriegen können, die Ihnen der Westen nicht geben wird. Sie dürfen nicht vergessen, der Westen ist imperialistisch. Mein Gesprächspartner entgegnete mir: »Meine Regierung weiß nicht, was sie will.«

In einer Unterhaltung mit Ihnen, nicht die Widersprüche in der arabischen Welt anzusprechen, ist undenkbar – nicht zuletzt auch deswegen, weil diese nicht unbeträchtliche Auswirkungen auf Europa haben. Würden Sie zustimmen, dass eines der größten Probleme der arabischen Welt mit der Niederlage der politischen und säkularen Linken dort zusammenhängt?

Die USA wurden überrascht von den Eruptionen in Tunesien und in Ägypten. Sie hatten das nicht kommen sehen. Die CIA dachte, Ben Ali und Mubarak

wären genauso stark wie deren Polizeiapparate. Die Franzosen hatten ähnlich falsche Vorstellungen, was die Situation in Tunesien anging. Das Problem mit diesen gewaltigen und chaotischen Oppositionsbewegungen in Tunesien und Ägypten war, dass es ihnen an einer klaren Strategie mangelte und sie von daher über die alten Strukturen beherrscht und schließlich besiegt werden konnten. Die Regierungen im Westen begriffen aber sofort, dass es höchstwahrscheinlich auch in anderen arabischen Ländern aus ähnlichen Gründen zu ähnlichen Aufständen kommen würde. Von daher beschlossen sie, diesen »Revolutionen« vorzubeugen, indem sie gezielt Gruppierungen unterstützten, wie etwa islamistische reaktionäre Bewegungen, die von ihren Verbündeten in den Golfstaaten finanziert und kontrolliert werden. Diese Strategie des Westens war erfolgreich in Libyen, während sie in Syrien nicht funktionierte.

In Libyen gab es es keine Massenproteste der breiten Bevölkerung gegen das Regime. Diejenigen, die die Oppositionsbewegung initiierten, waren kleine bewaffnete Gruppen von Islamisten, die sofort die Armee und die Polizei angriffen und am nächsten Tag die NATO, Frankreich und Großbritannien anbettelten, sie zu retten. Und wie wir wissen, reagierte die NATO darauf und intervenierte mit Bombardierungen. Am Ende bekamen die westlichen Mächte, was sie wollten: die Zerstörung Libyens. Ihrer Propaganda zufolge ging es darum, die Diktatur von Ghaddafi zu brechen und das Land zu demokratisieren. Heute ist die Lage in Libyen viel schlimmer als früher. Der Westen hat demnach sein Ziel erreicht, das Land zu zerschlagen.

Ähnlich in Syrien. In Syrien entwickelte sich ein wachsender zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen das Regime, weil dieses sich auf den Neoliberalismus eingelassen hatte, um an der Macht zu bleiben. Aber der Westen, insbesondere die USA, war nicht bereit abzuwarten. Es spielte sich im Prinzip das gleiche Szenario wie in Libyen ab. Islamistische Bewegungen trumpften von einem auf den anderen Tag auf, griffen die Armee und die Polizeikräfte an und riefen den Westen um Hilfe.

Aber diesmal war das Regime dazu in der Lage, sich zu verteidigen. Anders, als die USA es erwartet hatte, löste sich die syrische Armee nicht auf. Die sogenannte Freie Syrische Armee wurde völlig aufgebauscht. Das waren nur ein paar wenige Männer, das Ganze wurde umgehend von den Islamisten übernommen. Und nun müssen die westlichen Mächte, einschließlich der USA, einsehen, dass sie diesen Krieg verloren haben, was nicht bedeutet, dass die syrische Bevölkerung ihn gewonnen hätte. Damit ist nur gemeint, dass das Kalkül, das Land mithilfe eines Bürgerkriegs und bewaffneter Interventionen zu zerschlagen, nicht aufgegangen ist. Die imperialistischen Mächte haben es nicht vermocht, die Einheit oder die potenzielle Einheit von Syrien zu zerstö-

ren. Das ist es, was sie – mit Zustimmung von Israel – vorhatten. Sie wollten wiederholen, was ihnen in Jugoslawien gelungen ist, aber diesmal sind sie mit diesem Projekt gescheitert.

In Ägypten wiederum entschieden sich die USA – mit Unterstützung der Europäer, die im Prinzip nur das machen, was ihnen die Amerikaner vorgeben – dafür, die Muslimbruderschaft als Alternative ins Spiel zu bringen. Und das, obwohl sich die Muslimbrüder am 25. Januar 2011 noch auf die Seite von Mubarak und damit gegen die Oppositionsbewegung gestellt hatten. Nur eine Woche später hatten sie die Seiten gewechselt und sich der Revolution angeschlossen. Das geschah auf Befehl von Washington. Die radikale Linke in Ägypten wiederum hatte nicht mit einer solchen massiven Volksbewegung gerechnet und war dementsprechend vollkommen unvorbereitet. Die Jugendbewegung zerfiel in viele verschiedene Organisationen, es gab zu viele Hoffnungen und Illusionen und zu wenig analytisches und strategisches Denken und Pläne. Am Ende mündeten die Proteste in Neuwahlen, das, was sich die USA gewünscht hatten. In dieser Wahl erhielt der von der Linken unterstützte Sabahi genauso viele Stimmen wie Mursi, also um die fünf Millionen. Es war die US-amerikanische Botschaft und nicht die ägyptische staatliche Wahlkommission, die Mursi zum Sieger erklärte!

Die Muslimbrüder begingen allerdings den großen Fehler anzunehmen, sie hätten einen totalen und endgültigen Sieg errungen und könnten von daher ganz allein die Macht im Land ausüben. Dementsprechend legten sie sich mit allen an, auch mit der Armee. Wären sie damals klüger gewesen und hätten sich mit dem Militär arrangiert, wären sie immer noch an der Regierung und würden ihre Macht mit den Generälen teilen. Dass sie diese jedoch allein für sich beanspruchten und sie in solch einer brutalen und idiotischen Weise nur wenige Wochen nach ihrem Wahlsieg missbrauchten, brachte alle gegen sie auf.

Daraufhin folgte der 30. Juli 2013. An diesem Tag gingen 30 Millionen Menschen überall in Ägypten auf die Straße, um gegen die Muslimbruderschaft zu demonstrieren. Auch wenn der Westen dazu schweigt, es waren wirklich so viele. Damals forderte die US-Botschaft die Armeeführung dazu auf, die Muslimbrüder zu unterstützen, gegen den Willen der Mehrheit des Volkes. Die Armee kam dem nicht nach, vielmehr verhaftete sie Mursi und löste das sogenannte Parlament auf – ein nicht gewähltes Organ, das sich ausschließlich aus Anhängern der Muslimbruderschaft zusammensetzte. Wegen dieser Intervention genießt die Armeeführung in Ägypten ein enormes Ansehen in der Bevölkerung. Und das ist durchaus verständlich. Aber das neue Regime verfolgt nur die altbekannte neoliberale Politik. »Tout changer afin que rien ne change!«

Ist es denkbar, die Situation in Syrien und im Irak zu verbessern, ohne eine Lösung für die kurdische Frage zu finden?

Die Kurden müssen endlich als eine eigene Nation anerkannt werden. Sie haben eine gemeinsame Sprache, ein Territorium, auf dem sie leben. Von daher sehe ich keinen Grund, warum man ihnen die entsprechenden Rechte vorenthalten sollte. Aber all das sollte in guter Zusammenarbeit mit anderen Völkern in dieser Region geschehen und das kurdische Projekt sollte antiimperialistisch sein. Die Kurden sollten kein Bündnis mit dem Imperialismus gegen die anderen Kräfte in der Region eingehen. Im Süden hat der Nationalismus solange etwas Fortschrittliches, solange er antiimperialistisch ausgerichtet ist. Aber nationalistische Bewegungen, die sich Unterstützung beim imperialistischen Westen suchen, sind alles andere als progressiv. Leider haben sich die Führer der Kurden für die zweite Option entschieden, für eine Allianz mit den USA und Israel gegen die Araber. Dies ist eine falsche Entscheidung gewesen, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die Regierungen in der arabischen Region im Großen und Ganzen versagt haben, der Herausforderung von Vielvölkerstaaten gerecht zu werden. Der Irak ist ja nicht der einzige multinationale Staat. So war das kommunistische Jugoslawien über viele Jahrzehnte ein erfolgreiches Beispiel für einen Vielvölkerstaat, genauso wie die Sowjetunion. Die arabischen Führer sind in dieser Hinsicht eher engstirnige Bourgeois und nicht imstande, mit dieser Frage umzugehen. Das ist aber noch lange kein hinreichender Grund, sich zum Spielball der USA zu machen. Außerdem sind die Kurden dadurch in Konflikt mit der türkischen Regierung geraten, weil das türkische Regime auch nicht akzeptieren kann, dass die Türkei zwar ein Staat ist, aber aus zwei Nationen besteht: den Türken und den Kurden.

Das Fazit: Wir befinden uns in einer Situation, in der wir mit einer Zunahme von dauerhaften bewaffneten Konflikten im Mittleren Osten rechnen müssen. Damit können die USA ihre weitere Präsenz in der Region rechtfertigen.

Aus dem Englischen von Britta Grell

Autor_innen and Herausgeber_innen

Samir Amin, Präsident des Dritte Welt Forums, Dakar, ist einer der weltweit führenden marxistischen Ökonomen. Er ist einer der Schlüsselakteure des Weltsozialforums und anderer internationaler Initiativen. Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen gehören *Accumulation on a World Scale* (1974/1970), *The Implosion of Contemporary Capitalism* (2013), *Eurocentrism: Modernity, Religion, and Democracy – A Critique of Eurocentrism and Culturalism* (2009), *The Law of Worldwide Value* (2010), *The World We Wish to See: Revolutionary Objectives in the Twenty-first Century* (2008).

Walter Baier, in Wien lebender Ökonom, war von 1994 bis 2006 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und Herausgeber der österreichischen *Volksstimme*. Seit 2007 ist er Koordinator von transform! europe. Zuletzt erschien: *Unentwegte. Österreichs KommunistInnen 1918-2018* (Wien 2017).

Joachim Bischoff ist Ökonom und Mitherausgeber der in Hamburg erscheinenden Monatszeitschrift *Sozialismus*. Seine jüngste Buchpublikation (zusammen mit Klaus Busch und Hajo Funke) ist: *Rechtspopulistische Zerstörung Europas? Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende* (Hamburg 2018); im Herbst 2018 erscheint die Flugschrift *Tickende Zeitbombe Finanzmärkte. Bankenkrise, globale Kreditketten und Alternativen im Post-Kapitalismus*.

Patrick Bond ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität Witwatersrand School of Governance in Johannesburg. Gemeinsam mit Ana Garcia ist er Herausgeber des 2015 erschienen Buches *BRICS: An Anti-Capitalist Critique*.

Lutz Brangsch forschte vor 1990 an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin und war von 1990 bis 1999 Mitarbeiter im Parteivorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Seit 1999 arbeitet er für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin und ist seit 2009 Referent für Staat und Demokratie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf den Themen politische Ökonomie, Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie Demokratietheorie.

Friedrich Burschel (Historiker und Sozialwissenschaftler) ist Referent für Neozinismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichheit an der Akademie für

politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Herausgeber des Sammelbands *Durchmarsch von Rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror* (2017).

Antoine de Cabanes ist Mitglied bei Espaces Marx und studiert Sozialwissenschaft und internationale Beziehungen an der Universität Sorbonne. Schwerpunkt seiner Arbeit sind monetäre und ökonomische Themen auf der europäischen Ebene, die französische und europäische extreme Rechte, sowie strategische Debatten im Lichte der Wahlsoziologie.

Luciana Castellina ist Gründerin der italienischen Zeitung *Il Manifesto* und der Partito di Unità Proletaria, früher Mitglied des Europäischen Parlaments, mehrere Male Abgeordnete im italienischen Parlament, frühere Präsidentin der italienischen academy of motion pictures Italcinema, Autorin zahlreicher Bücher und eine der führenden Persönlichkeiten der italienischen Linken seit den 1970er Jahren bis heute.

Erhard Crome ist Politikwissenschaftler und Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Lajos Csoma ist gegenwärtig Doktorand an der ELTE Universität Budapest. Zu seinem Forschungsgebiet gehören die Arbeiterbewegung, die radikale Linke und die Jugendsubkultur. In seiner Doktorarbeit beschäftigt er sich mit den Arbeiterräten in Ungarn 1918-19.

Radhika Desai ist Direktorin der Geopolitical Economy Research Group, Universität Manitoba, Winnipeg, Kanada. Zu ihren zahlreichen Büchern gehören: *Geopolitical Economy: After US Hegemony, Globalization and Empire* (2013), and *Intellectuals and Socialism: »Social Democrats« and the Labour Party* (1994). Gemeinsam mit Alan Freeman, ist sie Herausgeberin der Buchreihe »Geopolitical Economy« bei Manchester University Press und der Buchreihe »Future of Capitalism« bei Pluto Press.

Marica Frangakis ist Mitglied des Vorstands des Nicos Poulantzas Instituts, Athen, und Mitglied des Lenkungsausschusses von EuroMemo (Europäische Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa).

Haris Golemis ist ein griechischer Ökonom, der im Research Department der Bank of Greece gearbeitet hat. Er war wissenschaftlicher Berater der Verei-

nigung der griechischen Bankbeschäftigten und Berater des United Nations Centre on Transnational Corporations. Politischer Aktivist seit seiner frühen Jugend, ehemaliges Mitglied des politischen Sekretariats und des Zentralkomitees von Syriza und früherer Direktor des Nicos Poulantzas Instituts (1999-2017), ist er nun Wissenschaftler und strategischer Berater der Leitung von transform europe!

John Grahl ist ein britischer Wissenschaftler, Professor für Europäische Integration an der Universität Middlesex, London, und Mitglied des Lenkungsausschusses von EuroMemo (Europäische Ökonomen für eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa).

José Gusmão ist Ökonom und Mitglied der nationalen Leitung und des politischen Büros des portugiesischen Bloco de Esquerda (Linksblock) sowie dessen wirtschaftlicher und politischer Berater im europäischen Parlament. Zwischen 2009 und 2011 war er Mitglied des portugiesischen Parlaments, wo er Vize-Präsident des Komitees für Finanzen und Haushalt war. Er gehörte zum Team des Linksblocks, das die Vereinbarung für die aktuelle Legislaturperiode verhandelt hat.

Gregor Gysi ist Anwalt und bestimmte über Jahre hinweg die Geschicke der Partei DIE LINKE: seit 1990 als Mitglied des Bundestages, bis 2002 als Vorsitzender der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und ab 2005 als Fraktionsvorsitzender der Partei Die LINKE im Bundestag. Im Oktober 2015 gab er bekannt, nicht erneut für diese Position kandidieren zu wollen. Seit Dezember 2016 ist er Präsident der Partei der Europäischen Linken (EL).

Eva Himmelstoss ist Historikerin und Philologin. Sie lebt in Wien. Nach langjähriger Tätigkeit als Geschäftsführerin der International Conference of Labour and Social History (ITH) war sie seit 2014 bei transform! europe für den Bereich Publikationen zuständig. Sie wirkte bis Juni 2018 als Mitherausgeberin des Jahrbuchs von transform! europe.

Jan Kavan war Außenminister der Tschechischen Republik (1998-2002), stellvertretender Premier (1999-2002), Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen (2002-03). Er ist Honorary Fellow an der London School of Economics und Träger mehrerer Menschenrechtspreise. Er ist Mitglied des Vorstands des European Leadership Networks (ELN) und des wissenschaftlichen Rats des New Policy Forums (Gorbachev Foundation), sowie stellvertretender Vorsitzender des Rats der Präsidenten der UN-Generalversammlung.

Yann Le Lann lehrt als Soziologe an der Universität Charles de Gaulle – Lille 3, arbeitet dort im Forschungszentrum »Individus, Epreuves, Sociétés« (CeRIES) und ist Spezialist für Arbeitsbeziehungen. Er ist Präsident von Espaces Marx in Paris und Mitglied der Leitung von transform! Europe.

Marisa Matias ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, dort im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sowie im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Von 2010 bis 2016 war sie Vize-Präsidentin der Partei der Europäischen Linken. Sie ist Mitglied der nationalen Leitung und des politischen Ausschusses des Bloco de Esquerda (Linksblock). Bei den Präsidentschaftswahlen in Portugal 2016 erreichte sie den dritten Platz mit 10,12% – ein historisches Stimmenhoch für eine Frau in Portugal.

Bernhard Müller ist Soziologe und Redakteur der in Hamburg erscheinenden Monatszeitschrift *Sozialismus*. Letzte Buchpublikation (zusammen mit Dieter Sauer, Ursula Stöger, Joachim Bischoff und Richard Detje): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche* (Hamburg 2018).

Leonardo Paggi ist Direktor der Vereinigung für Geschichte und Erinnerung der Republik mit Sitz in Rom. Zu seinen zahlreichen Publikationen gehören: *Le strategie del potere in Gramsci: tra fascismo e socialismo in un solo paese, 1923-1926* (1984), *La memoria del Nazismo nell'Europa d'oggi* (1997), (als Herausgeber) *Americanismo e riformismo: la socialdemocrazia europea nell'economia mondiale aperta* (1989), und *Il popolo dei morti* (2009).

Rafał Pankowski ist außerordentlicher Professor am Collegium Civitas in Warschau. Er ist seit 1996 stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift *Nigdy Wiecej* (Never Again). Umfangreiche Publikationen vor allem über Rassismus, Nationalismus, Xenophobie und andere Themen. Zu seinen Veröffentlichungen gehören: *Neo-Fascism in Western Europe: A Study in Ideology* (Polish Academy of Sciences, 1998), *Racism and Popular Culture* (Trio, 2006), und *The Populist Radical Right in Poland: The Patriots* (Routledge, 2010). Aktuell koordiniert er das antirassistische Osteuropa-Monitoring-Zentrum, das von der »Never Again« Association gegründet wurde.

Ingo Schmidt ist Ökonom und leitet das Labour Studies Program der Athabasca University in Kanada. Er hat an verschiedenen Universitäten in Deutschland und Kanada gelehrt und war Ökonom bei der Gewerkschaft IG Metall in

Deutschland. Er ist Ko-Autor und Herausgeber einer Reihe von Büchern, zuletzt (als Mitherausgeber) *Reading »Capital« Today* (Pluto, 2017) und *Das Kapital @ 150 Russische Revolution @ 100* (Hamburg 2017). Er ist auch Wirtschaftskolumnist der Monatszeitschrift *Sozialistische Zeitung*.

Claude Serfati ist ein auf Industrie und Innovation spezialisierter Ökonom, assoziierter Mitarbeiter am Institut de Recherche Économique et Sociale, Dozent an der Universität Versailles-Saint-Quentin, und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. Zu seinen Veröffentlichungen gehören *L'Industrie française de défense* (2014) und *La Mondialisation armée* (2001).

Ilna Švihlíková lehrt internationale Wirtschaft und Arbeit am Institut für globale Studien in Prag mit dem Schwerpunkt ökonomische und politische Aspekte der Globalisierung. Sie ist Autorin mehrerer Bücher über Globalisierung, die Große Transformation, die tschechische Wirtschaft und die griechische Krise. Sie ist Gründerin der zivilgesellschaftlichen Organisation Alternativa Zdola, die Graswurzel-Aktivitäten in der Tschechischen Republik fördert. 2017 gründete sie die analytische website !Argument.

Axel Troost ist Ökonom, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und ehemaliger finanzpolitischer Sprecher der LINKEN im Deutschen Bundestag. Er ist Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne (ISM) und der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe). Letzte Buchveröffentlichung (zusammen mit Klaus Busch, Gesine Schwan, Frank Bsirske, Joachim Bischoff, Mechthild Schrooten und Harald Wolf): *Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union* (Hamburg 2016). Persönliche website: www.axel-troost.de.